

6 Mk., 1890 12.50, 1907 18 Mk. Diesen Zahlen stellt er die Lebensmittelpreise und die Miete gegenüber, wobei er ziemlich willkürlich den Bedarf pro Familie und Woche berechnet auf 1 Kilogramm Rindfleisch, 0,8 Kilogr. Butter, 10 Kilogr. Kartoffeln, 8 Kilogr. Roggen und 20 Kilogr. Weizen. Es ergeben sich dann die Kosten für Nahrung und Wohnung auf 3.95 Mk. im Jahre 1850, 9.96 Mk. im Jahre 1890 und 11.29 Mk. im Jahre 1907. Demnach klieben für alle übrigen Bedürfnisse im Jahre 1850: 34,2 Prozent des Lohnes, im Jahre 1890: 20,4 Proz., im Jahre 1907: 37,3 Proz. Das würde bedeuten, daß im Jahre 1890 die Lage der Arbeiter schlechter war als 1850 und im Jahre 1907 kaum etwas besser als 1850. Dabei ist der höhere Lohn im Jahre 1907 die Errungenschaft ungemein schwerer Kämpfe, die besonders in den 90er Jahren von der Gewerkschaft geführt wurden. Was die Löhne der Fabrikarbeiter anbelangt, so meint Rehe, sie seien in Erfurt höher als die Löhne der Gesellen. Er berechnet nämlich nach Angaben von 11 Schuhfabriken einen durchschnittlichen Wochenlohn von 18 Mk., für Männer, Frauen und Jugendliche zusammen; der Durchschnittslohn erwachsener männlicher Arbeiter soll 22 Mk. sein. Wir können diese Angaben nicht nachprüfen (es wäre verdienstlich, wenn das von einem Fachmann, der die örtlichen Verhältnisse kennt, besorgt würde) und müssen uns damit begnügen, darauf zu verweisen, daß Erfurt in der Schuhfabrikation insofern eine Ausnahmestellung einnimmt, als dort vorwiegend bessere Sorten hergestellt werden. In Pirmasens, in Wurg bei Magdeburg, Tuttlinden, Offenbach, Frankfurt a. M., Arnstadt, Reustadt in Schlesien, Weiskensfeld, Wallingen und Kalau, die als Fabrikationszentren in Betracht kommen, sind die Löhne bei weitem niedriger. Vorausgesetzt, daß die Angaben von Rehe der Wirklichkeit entsprechen, würden sie also nur besagen, daß die Elite der Arbeiter, die die beste Ware herstellt und daher besonders tüchtig sein muß, einen Wochenlohn von 22 Mk. erzielt. In der Hausindustrie in Pirmasens verdient nach einem anderen Autor, Franke, eine Familie von vier Personen, die alle mitarbeiten, 18 Mk. wöchentlich.

Wichtig ist nun, wie die Chancen der Arbeiter bei ihrem Kampfe um bessere Lebensbedingungen sich stellen. Die freie Gewerkschaft der Schuhmacher umfaßte 1908 rund 38 000 Mitglieder; sie macht rasche Fortschritte, denn seit 1900 hat die Zahl sich nahezu verdoppelt. Der Christlich-Demokratische Verein zählt an 5500, der „Christliche“ Verband 4200. Da die Zahl der im Schuhgewerbe Beschäftigten im Jahre 1895 rund 151 000 betragen hat und inzwischen sicher noch gestiegen ist, bilden die Organisierten nur einen Bruchteil, selbst im Vergleich zu den erwachsenen Männern, die 1895 auf 118 400 sich belief, ist die Zahl der Organisierten gering. Dagegen sind die Fabrikanten gut organisiert. Fast alle großen Schuhfabriken gehören dem „Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten“ an, der die Bekämpfung von Streiks zum Ziele hat. Bei den Kämpfen in den neunziger Jahren — berichtet Rehe — haben denn auch die Arbeiter den Handwerksmeistern in vielen Punkten Zugeständnisse abringen können, nicht aber den Fabrikanten. Ganz besonders haben die Arbeiter in der „Journiturenfrage“ bisher fast gar nichts ausrichten können. Es handelt sich darum: Journituren nennt man die Hilfsstoffe der Fabrikation, Maschinen-nähabeln, Zwirn, Seide, Nadeln usw.; diese werden den Arbeitern von der Fabrik geliefert, müssen aber von ihnen bezahlt werden, wobei manche Fabrikanten einen Profit heraus schlagen. Gegen diese Gattung kämpfen die Arbeiter bisher vergeblich an. Ebenso konnten sie die Abschaffung oder auch nur Einschränkung der Akkordarbeit nicht erzwingen. Die Arbeitszeit ist in den Schuhfabriken allgemein kürzer als im Handwerk, beträgt aber immer noch 9½ Stunden, was bei der aufreibenden Arbeit jedenfalls viel ist. Rehe meint, daß bei der Eigenartigkeit der im Schuhgewerbe verwendeten Maschinen, die eine energische und gewandte Bedienung erfordern, bei Kürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, die Leistung die gleiche bleiben würde; die Sache liegt hier sehr ähnlich wie bei der Feinmechanik, wo eine Kürzung der Arbeitszeit die Leistungen stark steigerte, wie die genau durchgeführten Versuche in der Reißchen Fabrik erwiesen haben. Es ergibt sich also der Schluß: eine Forderung

der Arbeiter ist in der Schuhindustrie sehr gut möglich, aber es ist schließlich eine Nachfrage, nur eine sehr straffe Organisation der Arbeiter kann bewirken, daß die Arbeiter zu ihrem Recht kommen.

## Reichstag.

212. Sitzung vom Mittwoch, den 24. Februar, 2 Uhr nachmittags.

Am Bundesratsitzungszweck, Dornburg.  
Zur zweiten Beratung des Etats für den Rechnungshof beantragt die Budgetkommission, den Reichskanzler um Maßregeln zu ersuchen, durch welche eine Vereinfachung der gesamten Rechnungsbearbeitung herbeigeführt wird.

Der Referent Abg. Naake (Zentr.) spricht den Wunsch aus, es möge ein von der preussischen Oberrechnungskammer unabhängiger Reichsrechnungshof geschaffen werden.

Die Resolution wird angenommen, der Etat bewilligt. Es folgt die dritte Beratung des Gesetzes betreffend Postampfschiffverbindungen mit überseeischen Ländern, welcher die Subvention des Norddeutschen Lloyd auf 500 000 Mark erhöht wird. Das Gesetz wird debattelos angenommen. Ebenso wird der Gesetzentwurf betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte debattelos angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Schutzgebietes Kamerun für das Rechnungsjahr 1906.

Der Referent Abg. v. Volke (konf.) beantragt namens der Rechnungskommission, die Uebersicht durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Abg. Erzberger (Zentr.) beantragt nur Kenntnisnahme vorbehaltlich der bei der Prüfung sich etwa ergebenden Erinnerungen. Es sei zu bemerken, daß bedeutende Ueberschreitungen vorhanden sind. In Zukunft sind schriftliche Berichte wünschenswert.

Abg. Dr. Wörde (nat.-lib.): Schriftliche Berichte der Rechnungskommission würde wahrscheinlich niemand lesen.

Nach einigen Erwiderungen eines Regierungsvertreters gegen den Abg. Erzberger, der u. a. sagt, in Kamerun sei das Bauwesen als in Deutschland, und nach einigen weiteren Bemerkungen des Abg. Erzberger wird der Antrag Erzberger fast einstimmig angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Rechnung über den Haushalt der afrikanischen Schutzgebiete für 1896/97 und der afrikanischen und australischen Schutzgebiete für 1899. Die Rechnungskommission beantragt, dem Reichskanzler Entlastung zu erteilen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Nachprüfung nach fast 18 Jahren ist natürlich schwierig, oft unmöglich. (Sehr richtig!) Ueber diese veraltete Rechnungslegung müssen wir uns beschweren. (Sehr wahr!) Weshalb ist in geradezu unverantwortlicher Weise mit den Reichsgeldern gehandelt worden. (Hört, hört!) Der Rechnungshof erklärt u. a.: verschleierte Kolonialdramen scheinen überhaupt keine Abnung vom Rechnungswesen zu haben. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Wir können doch nicht jahraus jahrein Hunderttausende für Bauten in den Kolonien ausgeben und nachher damit zufrieden sein, wenn weder die Bauten noch das Geld da sind. (Hört, hört!) So ist z. B. ein Botten von 55 000 Mark für nicht ausgeführte Bauten spurlos verschwunden. (Hört, hört! im Zentrum und bei den Soz.) Höchst sonderbar ist es, daß diese Unstimmigkeiten sich immer gerade in Ostafrika ereigneten. Auch dem Rechnungshof ist das aufgefallen. Die Kolonialverwaltung sollte die Gouverneure anweisen, sich in die Grundzüge zu halten, die der Rechnungsrat aufstellt. Auch sollte sie für baldige Vorlegung der Rechnungen 1901/1904 sorgen. (Lebh. Beifall im Zentrum.)

Direktor im Kolonialamt Gunge schließt sich dem Lob des Rechnungshofes an und sucht die Unstimmigkeiten zu entschuldigen. Es ist ein Waldmeer auf mildernde Umstände, das aber im einzelnen unersichtlich bleibt.

Abg. Noke (Soz.): Es zeigt sich immer wieder, wie außerordentlich mangelhaft das Rechnungswesen in den Kolonien gehandhabt wird. Aber die schärfste Kritik, die bisher geübt werden konnte, wird noch übertroffen durch die Beanstandungen des Rechnungshofes. Diese Beanstandungen sind die längsten Rechtfertigung für unzureichende Kritik und für unsere eigene Stellungnahme zur Kolonialpolitik. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Das Interessanteste ist die Feststellung, daß in Ostafrika ganz besondere Mißstände vorliegen. Dort fehlt es selbst an der einfachsten Kontrolle, wie der Rechnungshof hervorhebt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei ist er nicht etwa kleinlich vorgegangen, sondern er hat an die kolonialen Verwaltungen schon geringere Anforderungen gestellt. Auf alle Einzelheiten kann ich natürlich nicht eingehen, aber wie darauf schon eingewiesen wird, erhält u. a. die Talsache, daß in einem Schutzgebiet die Ausgabe für Streichhölzer um mehr als 1000 Mk. überlegen worden ist. (Verhört, hört, hört!) Alles zusammen beweist, daß die Zustände in den Kolonien undahldbar waren, und wie geboten die allerhöchste Kritik war, die wir übten. (Lebh. Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Wörde (nat.-lib.) muß bedenklliche Unstimmigkeiten zugeben.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Schwärze (Zentr.) und Dr. Wagdan (rel. Volksp.) werden die Kommissionsanträge angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag 2 Uhr. (Initiativantrag der Polen über die Freiheit des Grundverkehrs, Petitionen usw. Schluß 4¼ Uhr.

## Aus dem Stadtverordnetensaale.

Sitzung vom 24. Februar 1908.

Von den in der vorigen Sitzung in hervorgehobene Stellen gewählten Stadträten Dr. Weber, Lampe und Hofmann sind Dankschreiben für ihre Wahl eingegangen. — Der Rat teilt mit, daß er einem Beschlusse des Kollegiums, auch die Beschlüsse aus der Arbeiterversicherung nur mit vier Fünftel zur Steuer heranzuziehen, beigetreten ist. — Eingegangen ist eine Eingabe des Uhrmachermeisters Philipp Lehmann, der vorschlägt, beim Städtischen Rathaus einen sachmännigen Taxator für Uhren anzustellen und die Bestimmung zu treffen, daß Wertschäden nicht durch Vermittler verfest werden dürfen. Der Petent bemerkt, durch solche Vorkehrungen würden sich ähnliche unangenehme Vorkommnisse, wie sie bei der Verfolgung des Wörbers des Friedrichs Ehrens zugute getreten seien, in Zukunft vermeiden lassen. Bürgermeister Roth bemerkt hierzu, daß in der Eingabe der Petent Vorwissen im Städtischen Rathaus habe in der Presse mit Recht viel Staub aufgewirbelt. Es handle sich dabei um ein ganz unglaubliches Vergehen eines Beamten, das sich voraussichtlich nicht wiederholen werde. Die Vorschläge des Petenten seien bei dem außerordentlichen Verkehr im Rathaus gar nicht durchführbar. Uebrigens sei für Wertschäden bereits ein tüchtiger Goldschmied als Taxator verpflichtet. — Der Deutsche Transportarbeiterverband, Ortsgruppe Leipzig, bebauert in einem Schreiben die abschneidende Haltung des Rates gegenüber der Eingabe um Abänderung des § 48 der Verkehrsordnung und bittet das Kollegium, den Wünschen der Petenten zu entsprechen. — Eine Eingabe von sieben Turnlehrern, die sich gegen die vom Rate vorgenommene Gehaltsaufstellung für die Fachlehrer wendet, macht Stadtr. Körner zu seinigen. — Einer weiteren Eingabe des Haus- und Grundbesitzervereins zu Meuditz, um Erziehung einer Volkshochschule an der Ecke der Eisenbahnstraße und der Lorgauer Straße nahm sich Stadtr. Böhm an. — Der Brauereiverein Leipzig bemängelt in einer längeren Eingabe die Ausschreibung der Schankwirtschaft im Hauptbahnhof und besonders § 11 der Bedingungen, nach dem der Pächter verpflichtet wird, echte bayerische und böhmische Biere zu verschänken. Es wird um Abänderung dieser Bestimmung gebeten. — Schließlich war noch eine Eingabe der vom Hochwasser geschädigten Schlesinger Einwohner eingegangen, in der für künftige Fälle Vorsichtsmaßregeln, Erhöhen der Dämme, Ueberwachung der Fuhlsäule bei Hochwasser, Unterbrückung der Antonienstraße und Befestigung des Schleusenbaus in der Könnertstraße gefordert werden. Stadtr. Körner machte die Eingabe zur seinigen.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten. Im Oktober 1907 hatte das Kollegium die Verlängerung des Ladegleises III in der Pöschner Markt 3100 Mk. bewilligt. Diese Gleisverlängerung ist bisher nicht ausgeführt worden, weil zunächst abgewartet werden sollte, wie sich der Anfluß der in der Pöschner Markt gelegenen Industrieleiste an die Gleisanlage des neuen Hauptbahnhofes gestalten würde. Es läßt sich auch jetzt, nachdem die Gleisanlagen bereits umgeändert sind, noch nicht voraussagen, wie sich die Ausnutzung des Landdreiecks neben dem Ladegleis III gestalten wird. Bei einem Verkauf des Areals als Fabrikbaugrund würde die Verlängerung des Gleises III, falls sie sich überhaupt noch nötig macht, Sache des Käufers sein. Mit Rücksicht darauf hat der Rat beschlossen, von der Ausführung dieser Gleisverlängerung abzusehen und die bewilligten Mittel zurückzuziehen. Das Kollegium beschloß auf Antrag des Tiefbauauschusses demgemäß.

Ohne Debatte wurden ferner genehmigt: Die Errichtung einer Volkshochschule auf dem Trinitatisriedhof (neuer Neubauer Friedhof am Stötter Weg) unter Nachbesserung der erforderlichen Kosten von 875 Mk., ein Abkommen mit den Eigentümern der Hirschstraße Nr. 305/306 an der Rohmarkt- und Bahnamstraße wegen der Verbreiterung der Straße, der Ankauf von etwa 400 Quadratmeter Land in Pönis um den Preis von 2 Mk. für das Quadratmeter bezugs Dinzulassung zum ehemaligen Fiedlerischen Gutsgelände, das jetzt dem Johannishospital gehört, die Herstellung des Gasrohrs im Schuhmachergehäusen mit einem Gesamtaufwand von 6405 Mk. und eine Vorlage über den Umbau des ehemaligen Kettmannschen Gutes in Gantzig, sowie ein Abkommen mit dem Pächter.

Zur Eingabe über die Verstellung einer Fußwegstrecke des Döbener Weges beschloß das Kollegium, auf sich beruhen zu lassen.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung einer Mittheilung des Rates über die Neuordnung der Gehalte der Lehrer an den städtischen Schulen und die Erhöhung von Gehältern. Die neue Lehrergehaltsvorlage, die am 30. Dezember 1908 vom Kollegium verabschiedet worden ist, ist in verschiedenen Punkten beanstandet worden. Das Ministerium hat besonders daran Anstoß genommen, daß einige Sätze über die Staffel des neuen sächsischen Lehrerbefolgungsgesetzes hinausgehen, weil dadurch der Staat gezwungen werde, höhere Pensionssätze zu zahlen. Der Rat hat in einer Vorlage einige Abänderungen vorgeschlagen. Der Schul-, Finanz- und Verfassungsausschuß beantragt:

1. bei der Staffel für Fachlehrer an den Gymnasien und der Oberrealschule die letzte Stufe wie folgt zu gestalten: nach 27 (bisher 28) Jahren 4200 Mk. und 300 Mk. Wohnungsgeldzuschuß = 4500 Mk. und demgemäß in den gemeinschaftlichen Bestimmungen statt 28 Jahre 27 Jahre zu setzen.

2. bei den Bestimmungen über den Gehalt der Direktoren an den höheren Schulen für Mädchen und dem Lehrerinnen-Seminar den Absatz 2 unter Herabsetzung der Zulage von 900 Mark auf 600 Mk. auf folgenden Wortlaut zu beschränken:

„Der Direktor der 2. höheren Schule für Mädchen bezieht, so lange das Lehrerinnen-Seminar mit ihr verbunden ist, eine persönliche pensionsfähige Zulage von 600 Mk.“

3. für die Aebelarbeitenlehrerinnen bei dem Beschluß vom 30. Dezember 1908, soweit er darauf gerichtet ist, der Staffel folgende Stufe anzufügen: nach 18 Jahren 2400 Mk. + 200 Mk. Wohnungsgeldzuschuß = 2600 Mk., setzen zu bleiben.

4. bei der Gehaltsbestimmung für den Direktor an der städtischen Gewerbeschule

a) den Beschluß vom 30. Dezember 1908, soweit er die mit 7400 Mk. beginnende und mit 9400 Mk. endende Gehaltsstaffel betrifft, aufzuheben,

b) den Rat zu ersuchen, für den Direktor folgende Staffel einzuführen: Anfangsgehalt 7000 Mk., nach 3 Jahren 7500 Mk., nach 6 Jahren 8000 Mk., nach 9 Jahren 8500 Mk., nach 12 Jahren 9000 Mk.

5. an den Volksschulen für die Direktoren den Beschluß vom 30. Dezember 1908:

„Im § 40 der Schulordnung wegen der Pflichten der Direktoren im Absatz 1 die Worte „in der Regel“ sowie im Absatz 2 den Teil: „welcher (der Schulaufsicht) auch ermächtigt ist, einen Direktor, welcher eine sehr starke Schule zu leiten hat, von der Unterrichtsverteilung an derselben gänzlich zu befreien“, zu streichen.“

unter der Bedingung fallen zu lassen, daß dem Stadtverordnetenkollegium alljährlich die Uebersichten über die Unterrichtsstunden der Volksschuldirektoren vorgelegt werden.

Maskenball und nicht betrunken zu einem Begräbnis komme.

Der Rechtsanwält erwartete sie bereits. Er war im weißen Tennisanzug, der seinen Wuchs recht zur Geltung kommen ließ, Boden hatte sich damit begnügt, zum Frack eine große Krawatte anzulegen, Trost dagegen erschien, als er den langen Mantel abgelegt hatte, in einem reichen indischen Kostüm, dessen leuchtende und doch gut harmonisierende Farben die Bewunderung des Kunstgelehrten erregten. Seider erkundigte sich, ob der Reisende seinen Wunsch zum Gürzengisch bestellt habe, was dieser bejahte. „Ich habe ihm gesagt, daß er sich in seinen besten Staat werfen sollte, den er sich in Neuorleans nach eigenem Geschmack gekauft hat. Er ist darin die reinste Riggerkarikatur aus dem „Pud“.

Man setzte sich gemütlich zum Mahle nieder und ließ sich hier bei guten Sachen wohl sein, ohne Lärm hören zu müssen, noch selbst wachen zu machen. Trost sorgte durch die Auswahl eines schweren Weines, daß man doch in Stimmung war, als man nicht eben früh zum Gürzengisch aufbrach.

Am Eingang des Gebäudes fanden sie den Neger, ihrer wartend. Als sie eintraten, stießen sie mit einer weiblichen Maske zusammen, die in auffälliger Hast hinausstreifte, und als sie an der Garderobe standen, eilte ein starker Herr laut scheltend an ihnen vorüber, gleichfalls dem Ausgang zu.

„War denn das nicht der Rittmeister von Dahl?“ fragte Trost.

Die beiden anderen Herren bestätigten das, und Boden äußerte die Vermutung, daß der Rittmeister seine Karte vergessen hätte und deshalb keinen Einlaß gefunden habe.

Seider trat in das kleine Zimmer, aus dem von Dahl eben herausgekommen war, um mit dem Komitee, dessen meiste Mitglieder er gut kannte, über die Zulassung des Negers zu sprechen. Nach einiger Zeit kam er ungemein erheitert wieder zurück. Dem Eintritt des Schwarzen sollten keine Schwierigkeiten gemacht werden, natürlich hatte er, Seider, die Verantwortung dafür übernommen

müssen, daß der Dursche sich anständig auführte, und der Scherz in den richtigen Grenzen blieb:

Trost nahm Samuel, dem bei der ganzen Sache durchaus nicht wohl zumute war, noch einmal beiseite und schärfte ihm seine Verhaltensmaßregeln ein. Dann ließ man ihn allein laufen, damit der beabsichtigte Scherz um so sicherer gelinge.

„Eine großartige Geschichte habe ich da eben gehört — mit von Dahl“, sagte Seider, indem sie die Treppe hinanstiegen zu Trost. „Deshalb war er so wütend. Ich hätte seiner ruhigen Frau diese Entschlossenheit gar nicht zugebraut.“

„Dann hat es da wohl eine Fortsetzung des Fastnachtspiels im Domhotel gegeben?“

„So etwas ähnliches, ich erzähle Ihnen das später“, nickte der Rechtsanwält. Er sah sich sofort nach Frau Wohl um, ohne sie in den menschengefüllten Räumen gleich finden zu können. Noch hielt sich das Treiben in den Grenzen des Mäßigen. Die älteren Leute suchten ihnen passende Tische und ließen sich dort als Wächter nieder, die junge Welt promenierte zu Paaren in angeregter Unterhaltung um den großen Saal. Von der Galerie herab klangen, noch kaum beachtet, die Weifen der Kirasiterkapelle. Wären nicht die Maskenkleider der Damen gewesen und die schreiend bunten Krawatten und Kopfbedeckungen der Herren, so hätte man sich auf einer gewöhnlichen Festlichkeit wähnen können. Sehr selten sah man eigentliche Gesichtsmasken, und ihre Trägerinnen waren fast nur ganz junge, besonders abenteuerliche Backfische. Und ebenso seltener war das vollständige Maskenkostüm bei Herren. Im allgemeinen machte es den Eindruck, als käme man hierher, um sich unterhalten zu lassen, nicht um zu unterhalten, und der Reiz, der darin liegt, sich in irgendeine Rolle zu versetzen und sie durchzuführen, schien nur wenigen Teilnehmern dieses Maskenfestes aufgegangen zu sein. Diese Auserwählten kamen freilich dafür um so mehr auf ihre Kosten, besonders zu Anfang des Festes, wo man für jeden Scherz dankbar war.

(Fortsetzung folgt)